

## Liebe Mitbürger und Freunde der BI

Zunächst einen Bericht über die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses im Kloster. Heute standen ja mit den TOP 3 -8 Themen an, zu denen ein erkennbares Mitwirkungsverbot des SR Rauner bestand. Seitens BI wurden OBM und Kommunalaufsichten auf diesen Interessenkonflikt aufmerksam gemacht. Das Mitwirkungsverbot gilt ja schon für Beratungen zu Bau – und Planungsleistungen in den Ausschüssen. Das macht ja auch Sinn, da ja zu solch einem Zeitpunkt noch nicht feststehen kann, ob wie im Fall Rauner, die Fa. ECW sich an der Vergabe beteiligt oder nicht. Wie war also die Reaktion von Verwaltung und Vorsitzenden des Stadtentwicklungsausschusses, Hr. Günther:

Zu TOP 3: Info 3. BA Promenadenstraße West ...

Nach Aufruf dieses TOP, erklärte SR Rauner seine Befangenheit, mit dem Hinweis der aktiven Arbeit seines Arbeitgebers an genau diesem Projekt. Herr Rauner lehnte sich zurück und schwieg. War natürlich auch ein Verstoß gegen die Gemeindeordnung, da im Detail bestimmt ist, ein unter Mitwirkungsverbot stehender Stadtrat hat sich zu den Zuhörern zu begeben. Zu den übrigen Tagesordnungspunkte erklärte er sich nicht und fühlte sich auch nicht befangen. Es wurde eifrig mitdiskutiert, obwohl alle Punkte in der Planung oder kurz vor der Vergabe waren., wie folgt:

TOP 4 Umgestaltung Promenade, Grünanlagen ( Planung )

TOP 5 Rad – und Gehwegbrücke Lobitzsch/Leißling (Ausschreibung)

TOP 6 Info Ausbau Burgwerbener Straße (Planung)

TOP 7 Änderung Bebauungsplan Zorbau Süd (Info zu Planung Bau)

TOP 8 Diskussion zu quartierbez. Energie und Klimaprojekt Klosterstraße (Planung)  
Anfragen/Mitteilungen/Nichtöffentlicher Teil, Anmerkung: Keim Hinweis im öffentlichen Teil zu Mitwirkungsverbot

Schlussfolgerungen zu Rauner:

BI fordert von Kommunalaufsichten gegen OBM wegen wissentlicher Duldung eines befangenen SR ein Ordnungsverfahren zu prüfen.

Zum Thema Abwasser gibt es keine Reaktion auf BI Vorstoß für weiteren Runden Tisch noch 2013. und noch keine Kenntnis bzw. Zwischenbescheid von Fr. Thies über eine Verständigung der Anwälte zum Vorteilsprinzip. Wir werden jedenfalls über Ergebnisse und Stand der Dinge wie immer sofort berichten. Die von Heidelinde vorgetragene Reaktion von Herr Dittmann (AÖR) zum 14 Punkte Fragekatalog wird nochmal in den WSF Seiten im Wortlaut veröffentlicht. Dem Kommentar von Heidelinde , schwache Leistung des AÖR Chefs, ist nichts hinzuzufügen. Lesen Sie bitte selbst.

Zum aktuellen Thema „Haushaltsdesaster“ in WSF“ müssen wir vom Vorstand der BI wie alle „Normalsterblichen“ die Sitzung des HA am 2. 12. 2013, nächsten Montag abwarten.

Aus heiterem Himmel kam heute über die Presse eine Info zum Gewerbe - (Industrie) gebiet „Hinter dem Hügel“ an der A9, Langendorfer Flur. Unser größter Haushaltsplaner aller Zeiten, der OBM Risch, hatte es wohl ganz vergessen, das es da noch was gibt, das in jeden neuen Haushalt dicke Löcher einreißt. Aber vielleicht doch nicht, sondern erst mal in einer Schublade verschwinden lassen und kein Staub aufwirbeln war die Devise. Jetzt mit dem Ablauf der Kaufoption war nichts mehr zu verbergen, jetzt kostet es richtig Geld und man muss sich bekennen, ob man den Irrsinn weiter betreibt (damit WSF noch weiter in die Roten Zahlen) oder auf den Boden der

Tatsachen zurück kommt. Die Wahrheit ist, dieses neue Gewerbe-/Industriegebiet braucht niemand, nicht hier in WSF noch von Außerhalb.

Zur Historie:

Bis 2009 noch als Interkommunales Industriegebiet mit 500 Hektar von den Gemeinden Zorbau (Lützen), Nessa (Teuchern) und WSF/Langendorf geplant. Der Anteil von WSF mit Langendorf betrug 180ha. Nach 2010 mit Rückzug von Zorbau und Nessa blieben davon noch 30ha (genannt 1. BA) übrig. Mit Reduzierung der Förderquote auf 60% sind es z. Zt. noch 15ha = 150.000 m<sup>2</sup>. Im Jahr 2011 wurde dieses mögliche neu zu erschließende Gebiet aus der Prioritätenliste des Landes gestrichen, d. h. ob überhaupt eine Förderung von 60% erfolgt ist fraglich. Eine Frage, die hier zu den Montagsdemos bereits schon öfters gestellt wurde, brauchen wir ein solches (Rumpf) Industriegebiet wirklich?

Nein ganz gewiss nicht in den nächsten Jahrzehnten. Gibt es doch genügend bereits erschlossenen, d. h. nicht ausgelastete Reserven.

- WSF, Hintern Hügel vorhanden , ca. 90.000m<sup>2</sup> (Umfeld Fertigungstechnik)
- WSF, Käthe Kollwitz Straße , ca. 80.000m<sup>2</sup>
- Zorbau, ca. 35ha bzw. 350.000m<sup>2</sup>
- Nessa, ca. 10ha bzw. 100.000m<sup>2</sup>

Die Ortsteile von Weißenfels mit ihren Gewerbe - Standorten sind in dieser Aufzählung noch gar nicht mal einbezogen!

Sollte es am 11. 12. 2013 einen Stadtratsbeschluss für ein Bekenntnis zu weiteren 150.000m<sup>2</sup> Gewerbeflächen geben, so gibt es nur eine Erklärung. Man hat eine Begründung für die Notwendigkeit einer Kläranlagenerweiterung. Auch wenn alles dagegen spricht, so eine Planung der wirtschaftliche und haushaltstechnische Wahnsinn ist, unserer Kamikaze Verwaltung ist mittlerer weile alles zu zutrauen. Der Haushalt von WSF gibt es nicht her, deshalb das Schweigen im Wald im Vorfeld. Aber die Eigentümer und der landeseigene Grundstücksfond wollen Klarheit und sie wollen Geld für Ihre bisherige Geduld.

Hier noch einige Zahlen zu den Kosten, die auf WSF zukommen:

Grunderwerb durch Stadt/Grunderwerbsfond, ca. 5 – 10 €/m<sup>2</sup>, dafür sind bis zu einen Verkauf an Ansiedler Zinsen fällig. Daran muss sich auch die Kommune beteiligen!!

Verkauf (Nettoflächen, d. h. Abzug von Wegen Grünflächen usw.) 12 -15€

Erschließung des Gewerbegebietes ca. 20 – 25€/m<sup>2</sup> bei 80% Förderung für Erwerber

Und 20 – 25 € für Kommune (muss mind. 10% Anteil finanzieren) x 150.000m<sup>2</sup> ca. 3 Mill.€

Bei Vorfinanzierung eines 40% Anteils und 60% Förderquote sind ca. 12Mill €. aus dem Stadthaushalt zu finanzieren, für 15ha die keiner braucht!

Dazu kommt die heftigste Kritik des Bauernverbandes, handelt es sich doch um wertvollstes Ackerland mit 90 Bodenpunkten (Agrargenossenschaft Langendorf ist Hauptbetroffene)

Nicht eingerechnet sind die weiteren erheblichen Kosten für die Infrastruktur, z.

Beispiel eine neuerliche Erweiterung der Kläranlage auf dann ca. 160.000

Einwohnergleichwerte.

Alles hauptsächlich zu Lasten und auf den Rücken der Bürger.

Nicht mit uns, kämpfen wir also weiter, auch wenn sich eine neuerliche Front auftut.

Wer Stadtverordnete kennt, bitte an jeden Einzelnen wenden! Unser Wunsch:

**macht diesen Wahnsinn nicht mit, wehrt Euch!!**

Ihr Vorstand der BI für soz. gerechte Abwasserbeiträge